

Haushaltsentwurf 2025/26

**Einbringungsrede
Landrat Marcel Riethig
08.01.2025**

+++ Sperrfrist: 08.01.2025, 16:00 Uhr. Es gilt das gesprochene Wort. +++

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistags,

wie bei jeder Haushalts-Einbringung, die ich bislang miterlebt habe, so wird auch dieses Mal wieder auf die vielen Herausforderungen einzugehen sein, vor denen die Kommunen stehen. In diesem Jahr schwebt jedoch ein Damoklesschwert über den Beratungen, das wir schon viele Jahre nicht mehr über uns hatten. Es sind die finanziellen Defizite, mit denen nahezu alle Kommunen in Niedersachsen konfrontiert sind.

Und ich will es gleich zu Beginn auf den Punkt bringen: Wir steuern düsteren Zeiten entgegen. In der mittelfristigen Planung bis 2029 rechnen wir mit etwa 188 Millionen Euro Defizit. Das ist keineswegs Schwarzmalerei, sondern leider Realismus.

Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Woher kommen die finanziellen Probleme? Sie sind jedenfalls nicht durch den Landkreis verschuldet, nicht durch den Kreistag und nicht durch Verwaltung. Auch der Ukraine-Krieg und die Inflation sind nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Es ist die Finanzausstattung der kommunalen Ebene, die nicht stimmt.

Die wachsenden Defizite und der daraus resultierende Spardruck sind auf den ersten Blick schwer nachzuvollziehen, denn die Steuereinnahmen steigen weiter. Auch für das Land Niedersachsen. Laut des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ nimmt Niedersachsen in den kommenden Jahren erneut mehr Steuern ein als in den Vorjahren: 2024 ist mit einem Plus von fast 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahres-Ist zu rechnen. Für 2026 werden noch einmal knapp 2 Milliarden Euro mehr im Vergleich zu 2024 geschätzt.

Trotzdem tut sich das Land schwer, was die angemessene Finanzausstattung der Kommunen angeht. Und das trotz eines Überschusses in 2023 von 1,6 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu haben die niedersächsischen Kommunen 2023 mit 1,4 Milliarden Euro Minus abgeschlossen.

Warum bekommen die Kommunen nicht mehr Geld? Grund ist nicht, dass das Land ab 2025 über weniger Einnahmen verfügt, sondern die Tatsache, dass es ein weniger an mehr Einnahmen gibt als noch letztes Jahr geplant. Und das ursprünglich geplante Mehr offenbar schon verplant war. Aber eben nicht für die kommunale Ebene. Dabei wären Spielräume offenkundig da, wenn man den Überschuss des Landes für 2023 betrachtet.

Ich kann die Situation des Landes verstehen, denn es gibt viele kostenintensive Bereiche, die berücksichtigt werden müssen, insbesondere in der Infrastruktur, wie beispielsweise eigene Gebäude der Polizei, der Justiz, der Hochschulen und Krankenhäuser sowie die Instandhaltung von Landesstraßen und Brücken.

Wofür ich allerdings kein Verständnis habe, ist die Tatsache, dass Mitglieder des Landtags das Recht der Kommunen auf eine angemessene Finanzausstattung auf die gleiche Ebene stellen wie beispielsweise Wahlversprechen „Einführung der Besoldungsstufe A13 für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer“. Verstehen Sie mich nicht falsch: ich habe dafür Verständnis. Aber das ist die Kür. Die Pflicht muss zuerst kommen, denn das Land ist verfassungsrechtlich in der Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.

Mit welcher Strategie haben wir diesen Haushalt nun aufgestellt? Drei Parameter sind für uns handlungsleitend:

1. Wir müssen besonders sparsam sein.
2. Wir dürfen uns aber auch nicht kaputtsparen.
3. Bei diesem Spagat wollen wir Sicherheit und Verlässlichkeit vermitteln.

Und damit komme ich zum Haushalt.

Besonderes Augenmerk liegt bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten traditionell auf den freiwilligen Leistungen. Selbst wenn wir alle freiwilligen Leistungen mit knapp 13 Millionen Euro streichen, sind wir bei einem in 2025 erwarteten Defizit von 19,6 Millionen Euro meilenweit von einem ausgeglichenem Haushalt entfernt.

Wir müssen in dem sensiblen Bereich der freiwilligen Leistungen verantwortungsvoll vorgehen, um in den ohnehin schon unsicheren Zeiten nicht noch mehr Unsicherheit zu erzeugen, sondern müssen Sicherheit und Verlässlichkeit vermitteln. Für die freiwilligen Leistungen im Doppelhaushalt 2025/26 heißt das: Wir planen weniger als 2024, aber wir kommen ohne Kürzungen aus. Mein Appell: Für die Fraktionen bieten die freiwilligen Leistungen Gelegenheit, eigene Akzente zu setzen. Es gibt noch Spielräume, aber lassen Sie uns die Summe von 2024 nicht überschreiten! Sparsam sein, ja. Aber kein Kaputtsparen.

Vor diesem Hintergrund, dass wir uns nicht Kaputtsparen sollten, schlage ich Ihnen vor, auf ein Haushaltssicherungskonzept zu verzichten. Dafür hat das Land zuletzt die Möglichkeit eingeräumt, indem es die finanziellen Mehrbelastungen durch den Ukraine-Krieg berücksichtigt. Wir sollten diese Möglichkeit allerdings nicht missverstehen: Das ist kein Freibrief für Schulden! Andersherum wird ein Schuh daraus. Das Land hat nun zwei Jahre Zeit, sich um eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu kümmern. Glücklicherweise kommt dann ein Landtagswahlkampf.

Die nicht angemessene Finanzausstattung ist kein parteipolitisches Problem, kein Problem von links oder rechts. Es ist ein Problem von oben und unten. Umso mehr werden dann nach dem Wahlkampf alle Landespolitikerinnen und Landespolitiker an ihren Aussagen zur kommunalen Finanzausstattung gemessen werden.

Wir haben uns in den 2000er Jahren über fast 20 Jahre des Sparens nahezu vollständig auskonsolidiert. Seitdem haben wir keine unnötigen neuen Ausgaben produziert, sondern im Gegenteil zusätzlich neue, uns übertragene Aufgaben gestemmt.

Ein Beispiel sind die Klimaschutzmanagerinnen und -manager: Ob die Aufgaben originär beim Landkreis liegen, kann man diskutieren, aber dass ihre Arbeit sinnvoll ist, steht für mich außer Frage. Im Gegenteil, wir haben daran gearbeitet, den Investitionsstau abzubauen. Und wir sind noch lange nicht fertig. Umso ungünstiger ist nun der Zeitpunkt neuer Defizite. Und umso wichtiger ist es, dass wir weiter investieren, und zwar antizyklisch.

Mit diesem Haushalt legen wir Ihnen einen lösungsorientierten Plan vor, um den Landkreis mit Sicherheit und Verlässlichkeit durch diese unsicheren Zeiten zu navigieren. Eine Schwarze Null gegen unsere Zukunftsfähigkeit einzutauschen lehnen wir ab.

Deshalb sparen wir mit Verstand und investieren weiter, wo es für die Zukunft unerlässlich ist. Wir planen solide, setzen Projekte fort und nehmen keine Baustopps vor. Wir sparen auch nicht bei den Beschäftigten und schlagen Ihnen keine Wiederbesetzungssperre vor oder den massiven Abbau von Stellen oder gar Personal.

Ja, es wird bei der Digitalisierung die Möglichkeit geben, auf Stellen zu verzichten, die wir ohnehin nicht besetzen können. Aber machen wir nicht den Fehler und sorgen wir nicht für Verunsicherung bei den Beschäftigten, sondern nehmen wir die Beschäftigten mit und schaffen wir Sicherheit. Ich strebe im Übrigen an, dass wir mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung vereinbaren, wo wir im Rahmen von Digitalisierung auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Ohnehin können wir aktuell rund 190 Stellen nicht besetzen.

Apropos Verlässlichkeit: Wir werden die Kreisumlage nicht erhöhen. Wir setzen weiterhin bei den gemeinsamen Herausforderungen auf eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden - die meisten wollen das auch.

Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir auf das größte Investitionsprogramm in der Geschichte des Landkreises. Insgesamt planen wir, bis 2029 255 Millionen Euro zu investieren. Einige wesentliche Beispiele:

Investitionen in Bildung: Der Anbau des Schulzentrums „Auf der Klappe“ in Dudserstadt ist eines der größten Projekte der letzten 30 Jahre in der Geschichte des Landkreises und soll 2026 fertig werden.

Investitionen ins Ehrenamt: Bei der Kreisfeuerwehr setzen wir weiterhin auf die Umsetzung des neuen Fahrzeug-Konzeptes.

Die Kreisfeuerwehrverbände wollen wir stärker unterstützen. Der Landesverband hat seine Beiträge, die die Kreisfeuerwehrverbände an ihn abführen müssen, erhöht. Ich schlage Ihnen deshalb eine Erhöhung der Zuschüsse des Landkreises an unsere Kreisfeuerwehrverbände vor. Bislang zahlen wir für die Mitglieder der Feuerwehren einen Zuschuss pro Kopf von 2,80 Euro. Ich schlage vor, dass wir künftig dabei auch die Mitglieder der Kinderfeuerwehr berücksichtigen, mit der Hälfte des Pro-Kopf-Betrages, also mit 1,40 Euro. Das ist gemessen an unserem Haushaltsvolumen eine sehr kleine Erhöhung, aber eine große Wertschätzung für tolles Engagement in den Kinderfeuerwehren, die übrigens Zuwächse verzeichnen!

Zugegebenermaßen sind die Zuschüsse an die Kreisfeuerwehrverbände keine Investitionen. Aber der Neubau der Feuertechnischen Zentrale in Ebergötzen ist eine Mega-Investition für den Landkreis! Insgesamt haben wir kürzlich im Kreistag das Projekt mit einem Gesamtvolumen von 43 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Es ist das größte Einzelprojekt mindestens der letzten 30 Jahre,

Und auch bei meinem dritten Beispiel trifft der Dreiklang "Investitionen - Kinder - Ehrenamt" aufeinander. Jedes Kind soll Schwimmen lernen. Das ist ein Ziel, dem sich unser Landkreis verschrieben hat. Wir investieren daher in die Sanierung der Schwimmhalle in Adelebsen über 5 Millionen Euro sowie in den Erhalt unserer Schwimmstätten in Hann. Münden und Gieboldehausen. Und wir sind bereit, uns an innovativen Lösungen zu beteiligen, damit während der Sanierung beispielsweise unserer Schwimmhalle in Adelebsen Alternativen zur Verfügung stellen. Die DLRG Adelebsen-Dransfeld leistet hervorragende Arbeit, um unseren Kindern das Schwimmen beizubringen. Sicherlich wäre ein Schwimmcontainer nicht die 1A-Lösung. Aber bevor wir gar keine Alternativen haben, ist der Schwimmcontainer nach meiner Auffassung die beste Lösung.

Und einen vierten Punkt möchte ich noch nennen: den ÖPNV. Unser Ziel ist ein attraktiver ÖPNV. Dieses Ziel hat der Kreistag mit Verlängerung des 5-Euro-Tickets - eine Idee meines Vorgängers - eindrucksvoll unterstrichen. Mein Wunsch ist es, dass der ÖPNV langfristig so gut wird, dass die Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, gut von A nach B kommen – beispielsweise vom Wohnort zum Arzt und vor allem Familien, die bislang mehr als ein Auto finanzieren müssen, auf ein zweites Auto verzichten können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Fahrpreise im Regionalverkehr trotz deutlich gestiegener Ausgaben – Stichworte Energiepreise und Fachkräftemangel – bis Ende 2026 weiterhin nicht erhöht. Das bestehende Angebot bleibt erhalten und im Rahmen des finanziell Möglichen verbessert. Wenn wir eine langfristige deutliche Verbesserung des ÖPNV im ländlichen Raum erreichen wollen, brauchen wir flexible Angebote. Im Haushalt sind 300.000 Euro für innovative ÖPNV-Projekte vorgesehen.

In Sachen Haushalt möchte ich noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich die Verwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten seit Jahren teilweise an den Grenzen des Leistbaren oder sogar darüber hinaus. Das liegt auch an den vielen Vakanzen. Circa 190 Stellen sind vakant. Das Arbeitspensum muss von den

vorhandenen Kolleginnen und Kollegen aufgefangen werden. Wir haben in den letzten Jahren viel getan, um den Landkreis als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Vor kurzem haben wir die Beschäftigten befragt. Circa 1.100 haben teilgenommen. Auf die Frage, ob sie sich in den kommenden zwei Jahren vorstellen können, den Landkreis zu verlassen, antworteten 53 Prozent mit Nein. Verglichen mit einer von BMI und DGB unterstützten Studie aus 2022 unter knapp 8.000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, wo auf eine nahezu gleichlautende Frage nur knapp 20 Prozent der Beschäftigten angaben, sich keinen Arbeitgeberwechsel vorstellen zu können, stehen wir gut da. Zumal bei unserer Befragung auch die Beschäftigten teilgenommen haben, die in den kommenden zwei Jahren in den Ruhestand gehen werden. Aber das Glas ist auch bei uns nicht ganz voll und auch wir haben noch Luft nach oben und müssen weiter an unserer Arbeitgeberattraktivität arbeiten, denn ohne unsere Beschäftigten ist keine Verwaltung zu machen. An dieser Stelle Danke für die engagierte Arbeit.

Es rächt sich nun, dass im Öffentlichen Dienst um die Jahrtausendwende kaum eingestellt wurde. Damals wurden die Weichen dafür gestellt, dass wir heute nicht ausreichend auf das Ausscheiden der Babyboomer-Generation vorbereitet sind. Jeder vierte Beschäftigte wird uns in den kommenden 10 Jahren in den Ruhestand verlassen. Deshalb erhöhen wir weiter die Ausbildungsquote und auch über eine attraktive Bezahlung müssen wir uns weiterhin Gedanken machen - auf allen Ebene - Sachbearbeitungen und Führungsstellen. Hier noch einmal nur beispielhaft der Vergleich mit den Grundschullehrkräften, die gleich nach ihrem Einstieg ins Amt, mit A 13 besoldet werden. Bei uns kommen Führungskräfte selbst großer Fachdienste mit ordentlich Personal- und Fachverantwortung erst nach Jahren ins Statusamt A12.

Außerdem haben wir uns für 2025 das Thema moderner Dienstleister als strategischen Schwerpunkt gesetzt. Wer attraktiver Arbeitgeber sein will, muss auch moderner Dienstleister sein. Wir werden als Kreisverwaltung noch nicht überall als moderner Dienstleister wahrgenommen. Das sage ich ganz deutlich: es läuft vieles gut, Sie dürfen insgesamt sehr zufrieden sein mit den Beschäftigten der Kreisverwaltung. Es wird tolle Arbeit geleistet, wir haben motivierte Führungskräfte. Ich sehe meine Rolle als Chef der Verwaltung darin, Positives zu benennen, aber das, was nicht positiv ist, nicht schönzureden, sondern ebenso Ihnen gegenüber, dem Kreistag, zu benennen. Und deshalb sage ich das ganz bewusst: es ist trotzdem nicht alles gut und wir haben noch manches zu tun, um in allen Bereichen der Kreisverwaltung als moderner Dienstleister wahrgenommen zu werden. Das Entscheidende dabei ist, denn bei wem ist schon alles gut: Wir sind bereit daran zu arbeiten und fähig zur Selbstkritik. Mit dieser Einstellung und der Unterstützung des Kreistages haben wir schon einiges erreicht, beispielsweise in der Bauaufsicht. Die Rückstände sind abgearbeitet. Und noch eine gute Nachricht: Die bis September letzten Jahres eingegangenen Anträge sind bereits zu drei Vierteln abgearbeitet. Wir haben seit 2022 in etwa so viele Bauanträge bearbeitet wie einer der Spitzenreiter in Niedersachsen, der Landkreis Osnabrück. Wir dürfen und wir wollen uns darauf nicht ausruhen, dafür gibt es noch zu viel zu tun. Frau Fragel und ihr Team arbeiten

gemeinsam mit mir weiter an Verbesserungen und ich bin zuversichtlich, dass die Bauaufsicht in diesem und im nächsten Jahr Modell stehen kann, wenn es beim Landkreis Göttingen um das Thema moderner Dienstleister geht.

Ein weiterer kleiner Ausblick für Sie: Wir werden in 2025 unsere Servicezeiten überarbeiten. Schon jetzt können die Bürgerinnen und Bürger täglich einen Termin bei uns vereinbaren, für den wir einen Zeitraum von 65 Stunden in der Woche anbieten. Das offene Haus, vorbeizukommen, wann man will ohne Termin, erscheint nicht mehr zeitgemäß und ermöglicht nicht die beste Servicequalität, die wir bieten wollen. Auch hier sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Nur in einem guten Zusammenspiel zwischen Kreistag und Kreisverwaltung können wir den Anspruch attraktiver Arbeitgeber und moderner Dienstleister zu sein, verwirklichen.

Und so möchte ich meine Rede nun schließen mit einem Appell.

Im November fand die Demokratiekonferenz des Landkreises Göttingen statt unter dem Motto „Demokratie unter Druck - Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene“. Tenor war: Mitgestaltung bei Entscheidungen bedeutet Mitverantwortung für Ergebnisse, selbst wenn es nicht die Ergebnisse sind, die man wollte. In diesem Sinne hoffe ich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Selbst wenn der Haushalt nicht alle Punkte von Ihnen beinhaltet, bleiben Sie in der Verantwortung.

Nun ist es an Ihnen, liebe Kreistagsabgeordnete. Wenn es Schiff in den Sturm gerät, dann sorgt das immer für Verunsicherung. Verreißen wir das Ruder nicht, sondern steuern wir mit Augenmaß, mit Verlässlichkeit, denn das vermittelt Sicherheit. Auch und gerade in stürmischen Zeiten. Kreistag und Verwaltung sind auf ein und demselben Schiff unterwegs. Arbeiten wir auch jetzt bei den Haushaltsberatungen gut zusammen, damit wir die stürmischen Zeiten gut überstehen.